

Bad Schwalbach, den 5.01.2008

Pressemitteilung zum Thema Jugendgewalt

Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten fordern sachliche Debatte

Nur der Ruf nach schärferen Strafen wird der komplexen Materie von Jugendgewalt aus Sicht der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten nicht gerecht.

Gerade Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten haben in ihrer täglichen Praxis, in den Kliniken der Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie und in der Jugendhilfe oft mit solchen Jugendlichen zu tun und wissen um die vielfältigen Hintergründe, aus denen sich massive Aggressionen und Affektdurchbrüche entwickeln. Aus Langzeitstudien ist bekannt, dass viele spätere Täter schon als Kinder auffällig waren. Störungen im Sozialverhalten (sogenannte externalisierende Verhaltensstörungen) zeigen sich mitunter schon im Kindergarten- oder Grundschulalter.

Werden diese Probleme im frühen Alter nicht aufgefangen, z.B. weil die Familie nicht die dazu notwendigen Ressourcen aufbringen kann, können sich nicht angemessene Verhaltensweisen entwickeln, die es Jugendlichen unmöglich machen, mit Stress und Frustrationen im Alltag umzugehen. Kommen dann noch weitere Risikofaktoren und negative Erfahrungen im Umfeld (wie z.B. Schule, Ausbildungsplatz etc.) dazu, beginnt oft ein negativer Kreislauf („Teufelskreis“): Jugendliche geraten schnell in aggressiv besetzte Gruppierungen, im Sinne einer Identifikation, und verschaffen sich dadurch eine Pseudostärke, die sie leider nur noch weiter von einer Integration in die Gesellschaft wegrückt und Perspektiven verbaut.

Da wird die Androhung einer möglichen Haftstrafe statt 10 nun 15 Jahre wenig an Einsicht oder Abschreckung bewirken. Da die „Karrieren“ viel früher beginnen, sind effektive Maßnahmen vor allem in diesem frühen Stadium anzusetzen: also in den Schulen, in den Stadtteilen und in einer personell gut ausgestatteten Jugendhilfe, die sich frühzeitig mit anderen Helfern vernetzt und zusammenarbeitet. Genau diese Netze sind allerdings in den letzten Jahren in Hessen abgebaut worden, statt sie auszubauen und zu verbessern. Jetzt nach härteren Strafen zu rufen, heißt, die Folgen dieser Sozialpolitik mit dem Jugendstrafgesetz beantworten zu wollen, statt nach den Ursachen zu suchen und dort anzusetzen, wo Gewaltspiralen entstehen, Hoffungslosigkeit besteht und Perspektiven für Jugendliche fehlen, sich in die Gesellschaft zu integrieren und sich als sinnvolles Mitglied der Gesellschaft zu fühlen, das wertgeschätzt wird.